



Für  
Menschenrechte  
gegen  
Extremismus



# DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



**Blickpunkt Demokratie und Extremismus**  
**Newsletter Osteuropa**

März | 2009

Inhalt	Seite
<b>Russland</b> Russische Menschenrechtler haben den Bericht über Menschenrechte für die UNO ergänzt	2
Professor Dobrenkow zum Thema Extremismus	3
<b>Estland</b> In Estland wurde der Film "Die Revolution, die nicht statt fand" über Russlands „Nationalbol-schewiken“ gezeigt	3
<b>Lettland</b> In Riga wurden zwei Romamädchen von Skinheads verprügelt.	4
Radikale bereiten neue Unruhen in Riga vor	4
<b>Litauen</b> Gesellschaft 2008 – Nationalistischer Durchbruch	5
<b>Polen</b> Polnische Rechtsradikale in Moskau (Pavel Tulaew)	7
<b>Ungarn</b> Ungarische Nationalisten blockieren ungarisch-slowakische Grenzübergänge	8
<b>Publikationen</b> Das Zentrum „SOWA“ hat das Handbuch „Radikaler russischer Nationalismus: Strukturen, Ideen, Personen“ herausgegeben	9
<b>Projekte</b> Die OSZE ruft zur Teilnahme am Bildungsprojekt für Toleranz gegenüber Muslimen auf	10
<b>Anzeige</b>	11
<b>Impressum</b>	11

## Russland

### Russische Menschenrechtler haben den Bericht über Menschenrechte für die UNO ergänzt



*Die Menschenrechtler führen an, dass in Russland Morde an Journalisten mittlerweile an der Tagesordnung sind*

Bei der UNO wurde ein Vortrag des russischen Justizministers Aleksandr Kononow diskutiert, der die offizielle Darstellung der Lage der Menschenrechte enthielt. Die Menschenrechtler haben ihre eigene Schlussfolgerung vorgestellt, wo es heißt, dass die Morde an Politikern und Journalisten all-

täglich geworden sind und im Land ein Zustand von Rechtlosigkeit herrscht.

Das Verfahren für den Erhalt der Angaben über die Lage der Menschenrechte wurde ein wenig abgewandelt. Mittlerweile wird auf der Grundlage der Daten von NGOs ein Fragenkatalog an die Autoren des offiziellen Berichts zusammengestellt.

Die russischen Menschenrechtler halten der Regierungsbericht für unvollständig. Der Leiter des [Menschenrechtszentrums „Memorial“](#), Oleg Orlow, sagte gegenüber „Radio Swoboda“, dass in dem offiziellen Bericht einige Realitäten nicht aufgeführt würden. Diese Realitäten wurden von den Menschenrechtlern geliefert: „Folter, das Verschwinden von Menschen, schwierige Verhältnisse im Stafvollzugssystem, schwierige Verhältnisse bei den Kinderrechten.“

Der UNO liegen nun alle Informationen vor, da im nichtoffiziellen Bericht auf genauere Untersuchungen zu dem einen oder anderen Problem hingewiesen wird. Eine andere Frage, wie Orlow ergänzt, ist allerdings: „Wollen sie die Situation überhaupt realistisch einschätzen, oder wird es einen Deal geben, wie es oft bei den Vereinten Nationen der Fall ist: Wir haben verstanden, bei euch gibt es Mängel; wir lassen euch in Ruhe, und ihr lasst uns in Ruhe.“ Die nichtoffiziellen Angaben über die Situation der Menschenrechte in Russland wurden der UNO von der Moskauer Helsinki-Gruppe, dem Zentrum für die Gewährleistung von internationalem Beistand, dem Komitee gegen Folter aus Nizhegorod, der Internationalen Gruppe „Rechtsschutzvereinigung“, der Bewegung „Für die Menschenrechte“ und weiteren Menschenrechtsorganisationen vorgestellt.

Die stellvertretende Direktorin des [Analysezentrums „Sowa“](#), Galina Koschewnikowa, teilte mit, dass das Zentrum Erkenntnisse an die UNO geschickt habe, dass „die Anzahl der durch Hass motivierten Verbrechen ansteigt, während die Verfolgung dieser Verbrechen diesen um ein vielfaches hinterherhinkt. Außerdem wird der Begriff, Antiextremismus‘ von der Gesetzgebung so weit gefasst, dass das Gesetz eine unmittelbare Bedrohung für demokratische Rechte und Freiheiten bedeutet.“

Im Bericht der Menschenrechtler wird hauptsächlich davon gesprochen, dass die Behörden friedliche Bürgeraktionen auflösen, dass sich alle wichtigen Fernsehkanäle unter der faktischen Kontrolle des Staates befinden, dass viele Überfälle und Morde an Journalisten unbestraft bleiben. Experten mahnen Folter und brutale Behandlung an, mit denen Gefangene durch die Miliz konfrontiert werden, und sprechen von einer unbefriedigenden Unterbringung der Gefangenen, davon, dass das Gerichtswesen kontrolliert wird sowie von den Einschränkungen der Rechte einer der verwundbarsten Bevölkerungsgruppe – die Behinderten.

Galina Koschewnikowa erläutert, dass Russland erst das dritte Land ist, welches das neue, erst vor einem halben Jahr eingeführte Verfahren durchläuft. Die UNO empfiehlt allen Staaten, in denen es Probleme mit den Menschenrechten gibt, dem einen oder anderen Problem intensivere Aufmerksamkeit zu widmen. Allerdings befolgt nicht jedes Land die Empfehlungen der UNO, und das neue Verfahren wird Russland wohl kaum dazu bringen. „Leider hat Russland bislang bei einer Reihe von Empfehlungen noch keine Schritte unternommen“, bemerkt Frau Koschewnikowa. „Zum Beispiel wurde Russland empfohlen, die Anti-Georgien-Kampagne von 2006 sorgfältig zu untersuchen und die Staatsbeamten, die an der Diskriminierungskampagne gegen Georgier beteiligt waren, zu bestrafen. Mir ist nichts davon bekannt, dass Russland irgendwelche Schritte in diese Richtung unternommen hätte.“ Auch Oleg Orlow zweifelt daran, dass die Informationen der russischen Menschenrechtsorganisationen die Situation der Menschenrechte verändern wird. Die Praxis zeigt, dass man es in Russ-

land nicht gewohnt ist, auf die Empfehlungen der UNO zu hören, und die neuen Verfahrensregeln, wie der offizielle Bericht vorgestellt wird, werden seiner Meinung nach kaum etwas daran ändern.

Die Vertreter der NGOs betonen, dass sie es beim Verfassen ihres Berichts über die Situation der Menschenrechte in Russland nicht auf eine Konfrontation mit der offiziellen russischen Position angelegt hätten. Ihnen ging es vielmehr darum, die Vereinten Nationen über die wirkliche Lage in diesem Bereich zu informieren.

Den Bericht findet man auf der [Homepage der UNO](#).

Quelle: <http://www.svobodanews.ru/content/Article/1379323.html> 04.02.2009

### Professor Dobrenkow zum Thema Extremismus

Im Dezember 2008 äußerte der Dekan der Soziologischen Fakultät der Staatlichen Moskauer Lomonosov-Universität in einem Presseinterview seine Ansichten zum Thema Extremismus. Angesprochen auf extremistische Tendenzen unter Jugendlichen und die jüngsten Gerichtsprozesse gegen Neonazis kommentierend, verwies der Professor auf die oppositionellen Jugendbewegungen, die seiner Meinung nach die gleichen Wurzeln aufweisen wie die nationalistische Bewegung – insbesondere den Niedergang von Moral und Rechtsbewusstsein innerhalb der Gesellschaft.

Von den Journalisten wurde Dobrenkow auch auf seine Meinung zum Treffen der Bewegung „Solidarnost“ angesprochen, auf dem ein Machtwechsel und die Änderung des politischen Kurses gefordert worden waren. „Aber das ist doch verfassungswidrig! Ein eindeutig extremistischer Aufruf! Ich denke, dass der Staat in diesem Fall harte Maßnahmen im Rahmen des Gesetzes anwenden sollte. Die Jugend sollte im Geiste des Respekts gegenüber der Staatsmacht erzogen werden und die Autorität des Staates anerkennen“, äußerte der Professor.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass in Russland lediglich Aufrufe zum gewalttätigen Staatsumsturz bereits unter Strafe stehen. Professor Dobrenkow ist einem breiten Publikum vor allem durch einen Skandal an der Soziologischen Fakultät bekannt geworden, als Studenten ihren Unmut über die schlechten Studienbedingungen, das niedrige Niveau der Lehre und die Ideologisierung der Ausbildung zum Ausdruck brachten. Seit dem Beginn des Lehrjahres 2008 hat das von Alexander Dugin geleitete Zentrum für konservative Studien seine Tätigkeit unter dem Dach der Fakultät aufgenommen.

Quelle: <http://www.nakanune.ru/articles/13779> 19.12.2008

### Estland

#### In Estland wurde der Film „Die Revolution, die nicht statt fand“ über Russlands „Nationalbolschewiken“ gezeigt

Im Tallinner Kino „Soprus“ wurde im Februar der Dokumentarfilm „Die Revolution, die nicht statt fand“ gezeigt, dessen Protagonisten sogenannte Straßenrevolutionäre und Mitglieder der Nationalbolschewistischen Partei Russlands sind. Der Dokumentarfilm wurde von der russischen Regisseurin Alena Polunina auf Auftrag eines estnischen Produzenten und einer estnischen Spielfilmkompanie gedreht. Die Finanzierung des Streifens sicherten der estnische Staat und das Ministerium für Kultur, aber auch finnische Partner.

Die Protagonisten des Films Anatolij und Andrej, Mitglieder der Nationalbolschewistischen Partei Russlands (NBP), erzählen und zeigen, wie sie sich während der Präsidentschaftswahlen in Russland 2008 und am Tag zuvor an den Aktionen der radikalen russischen Opposition beteiligt haben. Zum Film wird erklärt: „Sie sind Idealisten, vom revolutionären Virus angesteckt. Ihre Kompromisslosigkeit führt sie entweder auf die Barrikaden oder ins Kloster, Hauptsache nicht zur Zusammenarbeit mit den Machthabern.“ Die Regiearbeit von Polunina wird charakterisiert als „wertungsfrei – die Zuschauer müssen selbst bewerten“. Es ist ihr zweiter Dokumentarfilm, der die NBP beleuchtet. Der erste Dokumentarfilm „Ja, Tod“ betrachtete den Parteiführer der NBP Russland, Eduard Limonow.

Quelle: <http://www.regnum.ru/news/1130090.ht> 26.02.2009

Letland

In Riga wurden zwei Romamädchen von Skinheads verprügelt



Im Rigaer Landgericht hat eine Verhandlung begonnen, in der die Anklage auf fremdenfeindliche Aufhetzung und Gewaltanwendung im Sinne des Strafgesetzbuches lautet. Vier Skinheads im Alter zwischen 17 und 22 Jahren werden beschuldigt, zwei minderjährige Mädchen sowie ein in Lettland lebendes armenisches Ehepaar verprügelt zu haben. Nach Angaben von „Radio Svoboda“ sind alle Angeklagten Mitglieder einer lokalen Skinheadorganisation.

Einzelheiten sind in der Videoreportage des Fernsehsenders TV5 zu erfahren.

Ähnliche Vorfälle gab es auch früher schon. Zu verschiedenen Zeiten wurden bereits der Rabbiner der Choralssynagoge, Studenten aus Sri Lanka und der Koch eines indischen Restaurants Opfer solcher Angriffe auf der Straße.

Nichtsdestotrotz ist der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei, Andrej Grischin, der Meinung, lettische Skinheads unterschieden sich spürbar von solchen in Westeuropa oder auch in Russland. Erstens seien in ihren Reihen sowohl Letten als auch Russen zu finden. Der Hauptunterschied sei aber die Abwesenheit von Gastarbeitern in Lettland. Daher sei die lokale sogenannte „Skinheadkultur“ durch Nachahmung gekennzeichnet, Gewalttaten der Glatzen seien aber absolut ohne Motive.

Quelle: <http://www.novonews.lv/print/2008/12/17/video/049852.html> 02.03.2009

Radikale bereiten neue Unruhen in Riga vor

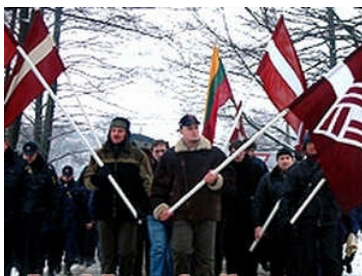


Foto von der Internetseite [latvians.lv](http://latvians.lv)

Offizielle Stellen der Sicherheitspolizei prognostizierten Anfang des Jahres einen Anstieg rechts- und linksextremistischer Aktivitäten vor den Wahlen zum Europaparlament. Die Ereignisse des 13. Januar zeigen aber, dass es bereits jetzt eine gestiegene Aktivität gibt.

So organisierten beispielsweise die Nationalbolschewiken, die sich lange bedeckt gehalten hatten, Aktionen zur Unterstützung von Leuten, die während der Unruhen in der Altstadt von Riga festgenommen worden waren. Außerdem zogen sie Ende Januar auf der Baustelle der Nationalbibliothek die Aufmerksamkeit auf sich, schreibt Mixnews.

Andere Radikale, die entweder als politische Organisationen registriert sind oder dies vorbereiten, bestätigen, dass sie bereit für den Wahlkampf seien und Aktionen „im Rahmen des Gesetzes“ vorbereiteten, die sich vorrangig sozialen Fragen widmen.

„Die Unruhen vom 13. Januar zeigten, dass die rote Linie überschritten werden kann. Im gesellschaftlichen Bewusstsein sind neue Grenzen radikaler Vorkommnisse entstanden“, berichtete ein Mitarbei-

ter der Sicherheitspolizei. Aus der Perspektive der öffentlichen Sicherheit bedeutet das, dass Organisationen mit radikalen Neigungen sich jetzt erlauben können, was vorher unmöglich war.

Ob das Treffen bei der Generalstaatsanwaltschaft, das von der Gesellschaft der Nationalbolschewiken „Swoboda“ angekündigt worden war (15. Februar) die gesellschaftliche Sicherheit bedroht, lässt sich noch nicht beurteilen. In der Ankündigung war von 60 Teilnehmern die Rede.

„Die Situation ändert sich jeden Tag. Wir bekommen jeden Tag neue Informationen“, berichtet der Mitarbeiter der Sicherheitspolizei. Das Rigaer Parlament hat bisher keine Empfehlungen von den Sicherheitsdiensten erhalten. Die Sicherheitspolizei erwartet als „heißen Tag“ den 16. März, obwohl der Tag zum Gedenken an die Legionäre in den letzten Jahren eher ruhig ablief.

„Einige Organisationen bereiten sich sehr sorgfältig auf die Ereignisse vor. Was genau passieren wird – das lässt sich bisher kaum sagen“, so der Mitarbeiter weiter. Auch über den Verlauf des 9. Mai lassen sich bisher kaum Aussagen treffen, weil sich in diesem Jahr die Situation stark von dem vergangenen Jahre unterscheidet.

Quelle: <http://www.novonews.lv> 10.02.2009

## Litauen

### Gesellschaft 2008 – Nationalistischer Durchbruch



Leider wurde der Tag der Unabhängigkeit, der 11. März, zum prägnantesten Ereignis, das die litauische Gesellschaft im Jahr 2008 in Aufregung versetzte. Genauer gesagt, dessen „Feier“ in Vilnius. Auf der größten Straße des Landes – dem zentralen Prospekt von Vilnius, dem Prospekt Gjadiminas – lief eine Truppe von einigen hundert kahlgeschorenen jungen Leuten auf. „Russen raus!“, „Eins-zwei-drei, Litauen ist schön ohne Russen!“, „Juden raus!“, „Erschlagt diesen Juden!“ - solche und ähnliche Parolen schrien die Glatzköpfe.

Die Jugendlichen trugen Flaggen und Plakate mit dem Hakenkreuz und hoben die Hand zum Hitlergruß. Die Truppe wurde friedlich von der Polizei begleitet. Die Ordnungshüter versuchten nicht, die nicht genehmigte Demonstration aufzulösen und baten nur hin und wieder per Lautsprecher um die Räumung der Fahrbahn. Das neben den Demonstranten fahrende Polizeiauto erinnerte mehr an eine Eskorte. Das rief nicht nur die Öffentlichkeit auf den Plan, sondern binnen Kürze auch eine Reihe von Politikern. Obwohl offensichtlich war, was da ablief, versuchte man in Litauen zunächst, den Nazi-Aufmarsch als eine Provokation gegen Litauen darzustellen. Eine der Ersten, die sich zu diesem Ereignis äußerte, war ein führendes Mitglied der Konservativen, zu dem Zeitpunkt Mitglied des Komitees für nationale Sicherheit und Verteidigung im Seimas, Rasa Juknjavicene.

Juknjavicene wendete sich an den Direktor der Abteilung für Staatssicherheit (DGB), Povilas Malakauskas, und verwies auf eine „Diskreditierung des Staates“. Das Seimas-Mitglied bat um eine Antwort auf die Frage, ob die DGB eine Untersuchung einleiten wird, um herauszufinden, wer am 11. März in Vilnius eine Demonstration organisierten konnte, um Völkerhass zu schüren. Nach Meinung der Politikerin hätte der Aufmarsch der Neonazis in Vilnius von Sondereinheiten des Landes organisiert werden können, denen damit gedient ist, Litauen in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren, und zwar von Russland. Aber damit haben sich die blamablen Erklärungen seitens der litauischen Beamten noch nicht erschöpft. Ein Sekretär des Innenministeriums (MWD), der den Aufmarsch seinerzeit kommentierte, nannte die Faschisten eine „normal eingestellte Truppe“. Dies rief eine Welle der Entrüstung bei einigen Parlamentariern hervor. Die Abgeordnete der Fraktion des Bauernvolksbunds, Laima Mogenienė, verurteilte die Haltung des Innenministeriums auf das Schärfste, wie von deren Sekretär Stanislovas Ljutkjavicius zu hören war. Die Politikerin vertrat die Meinung, dass das MWD versuche, sein Nichtstun zu rechtfertigen und so tue, als ob nichts Besonderes

passiert wäre. „Das hat sich doch nur eine normal eingestellte Truppe von knapp 200 Leuten von einem Punkt zum nächsten bewegt, und dabei haben sie Flaggen unseres Landes getragen. Ein paar Leute, die möglicherweise bestimmte volksfeindliche oder, wie wir ferner sagen, antirassistische Parolen geschrien haben könnten, haben den ganzen Anblick verdorben. Ein hinlänglich guter Anblick am 11. März“, sagte Ljtkjavicjus. Dass der Sekretär des MWD den faschistischen Aufmarsch als eine „normale“ Aktion bezeichnete, brachte die Abgeordnete auf. Laut Mogenienė zeigt die Videoaufzeichnung unmissverständlich, dass ein großer Teil der Truppe faschistische Parolen skandierte wie „Juden raus“ beziehungsweise auch Zwietracht zwischen den Nationalitäten säen wollten durch Parolen wie „Litauen den Litauern“ und „Litauen ohne Russen“.

„Ich glaube nicht, dass es noch weiterer deutlicherer Beweise bedarf, dass an dem Aufmarsch Leute beteiligt waren, die Zwietracht zwischen den Völkern säen wollten und, unter dem Deckmantel des Tags der Unabhängigkeit, versuchten, auf sich aufmerksam zu machen und so viele Jugendliche wie möglich auf ihre Seite zu ziehen. Mit Volkspatriotismus hat das hier nichts zu tun, weil 1990 alle für die Unabhängigkeit gekämpft haben – Litauer, Russen, Juden, Polen und Leute anderer Nationalitäten“, sagte die Politikerin. Inzwischen bezeichnete der litauische Präsident den Aufmarsch der Radikalen als „Schande für Litauen“. Er empörte sich auch über die laxen und verspäteten Reaktion der Polizei und später des Innenministeriums.

Seinerseits rechtfertigte die Leitung des MWD sich damit, dass die Polizei bei den Skinheads keine Gewalt angewendet hat, da „weiterer Druck negative Folgen gehabt und zu Zusammenstößen geführt hätte, die wiederum Empörung in der Öffentlichkeit ausgelöst hätten.“

Gleichzeitig versicherte er den Journalisten, dass von nun an „alle Maßnahmen“ ergriffen würden, damit es in Zukunft keine ähnlichen Ausschreitungen mehr gebe. Zudem werden die Organe der inneren Sicherheit und Spezialeinheiten nicht nur solche Märsche nicht mehr zulassen, sondern werden auch, wie man seinen Worten entnehmen konnte, „in den Grenzen der bestehenden Gesetze“ Operationen durchführen, um dergleichen radikale Gruppierungen schon vorbeugend unschädlich zu machen. Als sei das alles nicht geschehen, trotz des mutmaßlichen Komplotts gegen Litauen und ungeachtet der Beteuerung erhöhter Wachsamkeit, ließ der nächste Aufsehen erregende Vorfall nicht lange auf sich warten.

Bereits im April 2008 wurde die bekannte südafrikanische Sängerin, Bernin, in Litauen mitten im Zentrum von Vilnius von einer Gruppe von Leuten überfallen. Skinheads verprügelten die Sängerin so, dass sie medizinische Hilfe benötigte. Während einer Pressekonferenz forderte die Sängerin, mit Mühe die Tränen zurückhaltend, dazu auf, die Aufmerksamkeit nicht auf ihren Fall zu richten, sondern auf rassistische Übergriffe in Litauen generell. Bernin erinnerte sich, dass junge Leute in Schwarz mit Aufnähern der litauischen Flagge und Hakenkreuzen auf den Jacken sie überfallen hatten.

Die Sängerin war durch ihre Teilnahme an der musikalischen Reality- Show „Der Weg zum Star“ (das litauische Äquivalent zu „Deutschland sucht den Superstar“) in Litauen bekannt geworden. Vor dem Ende der Show im vergangenen Jahr blieb die Sängerin in Litauen, um ihre musikalische Karriere fortzusetzen und beim Fernsehen zu arbeiten.

Ähnliche Übergriffe wiederholten sich. Nicht nur ein Mal litten die dunkelhäutigen Spieler der Kaunaser Basketballmannschaft „Žalgiris“ darunter. Später verurteilte die litauische Justiz schauprozessartig Bernins Beleidiger und einige Beteiligte des Neonaziaufmarsches. Das Strafmaß für das Schüren von Zwiestracht zwischen den Nationalitäten wird erhöht. In der zweiten Hälfte letzten Jahres gab es keine weiteren größeren rassistischen Zwischenfälle in Litauen...

Das Infomaterial wurde zusammengestellt von Stepan Gorodow und Michail Kiselew.

Im Material wurden Informationen von IA Regnum benutzt.

Quelle: <http://www.kurier.lt/?r=4> 31.12.2008

Polen

Pavel Tulaew: Polnische Rechtsradikale in Moskau



Ende August 2008 hielt sich eine Delegation polnischer Rechtsradikaler in Moskau auf. Eingeladen hatte die „Assoziation zum kulturellen Austausch“ (Pavel Tulaew). Die Mitglieder der Reisegruppe repräsentierten verschiedene Linien der nationalistischen Bewegung Polens: Staczko Potrzebowski von der religiös-heidnischen Vereinigung „Rodzina Wiara“ (Heimatglaube), die die Buchreihe „Barbaricum“ heraus gibt; Mateusz Piskorski und seine Braut Kinga Wladyka von der traditionalistischen Zeitschrift „Odala“; deren Freund und Kampfgefährte Marczin Martinowski von der radikalen slawischen Gesellschaft „Niklod“, benannt nach einem legendären polnischen Fürsten; und drei weitere Mitstreiter – deren Namen aus technischen Gründen ungenannt bleiben sollen – als Abgesandte der politischen Kampfvereinigung „Zakon Zadruzi – nordischer Wolf“.



Einige Tage lang machten sich die Gäste mit Moskau bekannt und gegen Ende der Reise fanden etliche Arbeitstreffen statt. Von besonderer Bedeutung war die Zusammenkunft im Konstantin Wasiliew Museum, bei der die Chefs mehrerer Moskauer rechtsradikaler Organisationen und Publikationen anwesend waren. Die russische und die polnische Seite erörterten aktuelle Probleme und Perspektiven für eine Zusammenarbeit. Insgesamt fand das Treffen in einer Atmosphäre der slawischen Gastfreundschaft und Brüderlichkeit statt, doch es gab auch Wortmeldungen, die sich gegen die Überbewertung der Blutsverwandtschaft aussprachen.



Am Abreisetag begleiteten ca. 20 neue und alte Freunde die polnische Delegation zum Belorussischen Bahnhof. Besondere Solidarität galt der Band „T.N.F.“, deren Hit „Russischer Schild“ im Rahmen der CD-Reihe „Die Glatzen marschieren“ veröffentlicht wurde. Kurz vor der Abreise erklärten die Polen, dass sie diese erste Reise nach Moskau nie vergessen werden. Auch wir werden unsere Kameraden aus Polen nicht vergessen. Uns eint unser Schicksal und unser Kampf! Ruhm!  
Quelle : <http://www.whiteworld.ru/rubriki/000103/00091001.htm>



НЕЗАВИСИМАЯ НАЦИОНАЛЬНАЯ ТВОРЧЕСКАЯ КОРПОРАЦИЯ  
КОНЦЕРТЫ, РЕПЕТИЦИИ, ЗВУКОЗАПИСЬ, РАСКРЫТКА

ki

## Ungarn

### Ungarische Nationalisten blockieren ungarisch-slowakische Grenzübergänge



Am 10. November blockierten Mitglieder der ungarischen rechtsradikalen Organisation „Ungarische Garde“ Teile von Straßen, die zu fünf verschiedenen Grenzübergänge zwischen Ungarn und der Slowakei führen. Die ungarischen Nationalisten sperren Teile der Straßen zu den Übergängen Rusovce-Rajka, Medwedow-Vamoszabadi und Salka-Letkes ab.

Außerdem waren die Übergänge Komarno-Komarom und Schiatorska Bukowinka-Salgotarjan blockiert. Die ungarische Polizei überwachte das Geschehen an den Übergängen, mischte sich jedoch nicht ein. Auf der anderen Seite überwachte die slowakische Polizei das Geschehen auf slowakischem Territorium, das an die Grenzübergänge angrenzt. Sie verkündete, dass sie im Falle rechtswidriger Handlungen auf dem Territorium der Slowakei, die von den Rechtsradikalen ausgehen, alle möglichen Maßnahmen ergreifen würde, die Anwendung von Gewalt inbegriffen.

Als für die Aktion verantwortliche Organisatoren erklärten sich die rechtsradikale Organisation „Ungarische Garde“ gemeinsam mit der nationalistischen Organisation „Jobbik“. Laut den Organisatoren richteten sich die Protestaktionen gegen die angeblich ungesetzmäßige Vorgehensweise der slowakischen Polizei bei dem Heimspiel von „Dunajska Streda“ (Mannschaft der ungarischen Minderheit) gegen „Slovan Bratislava“ und gegen die polizeilichen Maßnahmen, die im slowakischen Bezirk Trebischowa gegen die ungarischen Nationalisten unternommen wurden.

Wie bereits auf UA-Reporter.com mitgeteilt wurde, hat die slowakische Polizei bei Kralovsky Chlmeč im Bezirk Trebischow 28 Bürger der ungarischen Republik, die eine Nazi-Uniform aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges trugen, festgenommen. Bei der Durchsuchung ihrer Autos wurden zudem Dokumente mit faschistischen Symbolen gefunden. Nach Vorlage der Anklage wurden alle Festgenommenen wieder in die Freiheit entlassen. Man wird sie vor Gericht zur Verantwortung ziehen ohne sie vorläufig verhaftet zu haben. Den ungarischen Rechtsradikalen droht wegen extremistischer Propaganda ein Freiheitsentzug von sechs Monaten bis zu drei Jahren.



Auf die Aktion der ungarischen Extremisten an der slowakisch-ungarischen Grenze reagierte die Partei „Freies Forum“ auf ihre Art und Weise. Die Vorsitzenden des Forums begrüßen an den Grenzübergängen aus Ungarn kommende Touristen, sie teilen ihnen Informationsmaterial über die Slowakei aus. Das Ziel des „Freien Forums“ besteht laut deren stellvertretenden Vorsitzenden Ljudmilla Farkaschowska, die für die außenpolitischen Beziehungen zuständig ist, darin, die Absurdität der Aktion der ungarischen Extremisten aufzuzeigen und eine Methode zu demonstrieren, mit der die gegenseitigen Streitigkeiten auf zivilisierte Weise gelöst werden können. Dies hätten ihrer Meinung nach weder die offiziellen Vertreter der einen noch der anderen Seite bisher gemacht. Ljudmilla Farkaschowska ist der Auffassung, dass die Krise in den slowakisch-ungarischen Beziehungen ausschließlich von den Politikern beider Seiten provoziert wurde.

Der Außenminister der Slowakischen Republik, Jan Kubis, hat die ungarische Regierung dazu aufgerufen wirksame Maßnahmen gegen Extremisten und Faschisten durchzuführen. Der Auffassung von Jan Kubis gemäß versuchen die Rechtsradikalen aus Ungarn den Extremismus nach Tschechien zu exportieren. Kubis verfolgt die Absicht, die aktuellen Fragen der slowakisch-ungarischen Beziehungen mit



dem Außenminister Ungarns, Kinga Göncz, während eines Treffens der diplomatischen Vertreter der beiden Länder und den Mitgliedern der europäischen Union in Brüssel zu erörtern.

Quelle: <http://www.finugor.ru/?q=node/9530> 13.11.2008

## **Publikation**

### **Das Zentrum „SOWA“ hat das Handbuch „Radikaler russischer Nationalismus: Strukturen, Ideen, Personen“ herausgegeben**

Dieses Buch ist ein Nachschlagewerk über die Organisationen radikaler russischer Nationalisten. Es ist dazu gedacht, sowohl die Erforschung des russischen nationalistischen Milieus weiter zu entwickeln als auch die Veränderungen in ihren organisierten Teilen, die in den letzten zehn Jahren stattgefunden haben, festzuhalten.

In Russland gibt es Organisationen von ethnischen Nationalisten, die bei Angehörigen unterschiedlicher Volksgruppen auftreten, aber die russischen Ethnonationalisten spielen eine unvergleichlich größere Rolle im föderalen Maßstab als die anderen. Das Handbuch kann, aufgrund der Eigenart des Genres, nur durch Organisationen (und seien sie noch so klein) zusammengestellt werden, die sich ausreichend in der Öffentlichkeit zeigen. Aber wir müssen dabei im Auge behalten, dass die Masse der Organisationen russischer Nationalisten in Russland kleine Gruppen sind, die sich selbst oft, aber nicht zwingend, Skinheads nennen. Diese kleinen Gruppen stellen die Reservekader der großen und/oder bedeutenden Organisationen dar und sind ein notwendiger Grundstock für ihre Existenz.

Im Handbuch aufgenommen wurden nur gegenwärtig und in größerem Stil agierende Organisationen und Gruppen.

Im zweiten Teil werden Gruppen vorgestellt, die zwar von deutlich kleinerer (oder sogar winziger) Bedeutung, aber aus dem einen oder anderen Grund von wissenschaftlichem Interesse sind.

Im dritten Teil wurden einige nationalistische Organisationen und Gruppen zusammengestellt, die man der radikalen und/oder ethnonationalistischen Kategorie zurechnen muss. Wir hielten es für dringend notwendig, diese vorzustellen, um die ideologischen und politischen Trends zu zeigen, nach denen sich Gruppen entwickeln können, die danach streben, aus der Nische des radikalen Ethnonationalismus herauszukommen, und ihre Integration in den ideologischen Apparat der Macht: imperialistischer Pannationalismus, orthodoxer Nationalismus und linke Abweichung.

- Inhalt
- Vorwort
- Hauptorganisationen
- Großes Russland
- Bewegung gegen illegale Immigration (DPNI)
- Volksversammlung
- Volksbund
- National- staatliche Partei Russland (NDPR)
- Partei zum Schutz der russischen Konstitution (PZRK) „Rus“
- Partei der Freiheit
- Heimat – Kongress russischer Gemeinden („Rodina – KRO“)
- Russischer Marsch
- Russischer Allnationaler Bund (RONS)
- Russische DPNI
- Russische nationale Einheit (RNE). Splittergruppen
- Russische gesellschaftliche Bewegung – Russland (ROD – Russland)
- Orthodoxe Rus'
- Slawische Gemeinde Sankt Petersburg und Leningrader Kreis
- Slawischer Bund (SS)
- Bund der orthodoxen Bannerträger (SPCh)
- Bund des russischen Volkes von Leonid Iwanow (SRN – I)

- Bund des russischen Volkes von Michail Nazarow (SRN - N)
- einige kleinere Gruppen
- Bewegung gegen illegale Immigration DPNI – Russische Bürgergesellschaft (DPNI-RGO)
- Die Nationale Volkspartei (NVP)
- Nationalbolschewisten ohne Limonow
- Die Nationalpatrioten Russlands (NPR)
- Nationalpatriotische Front „Pamjat“ (Gedächtnis)
- Nationaler Studentenverband (NSS)
- Russische Prawda
- Russische Republik
- Nordische Bruderschaft
- Ideologische Nachbarn
- Duell/Armee des Volkswillen (AVN)
- Eurasischer Jugendverband (ESM)
- Institut für Nationale Strategie (INS)
- Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)
- Internationale Eurasische Bewegung (MED)
- die Befreiungsbewegung Das Volk (NAROD)
- Nationalbolschewistische Partei (NBP)
- Rechtes Russland Pravaya.ru
- Cholmogorow Jegor Stanislawowitsch
- Index
- Alphabetisches Namensregister
- Alphabetisches Register von Organisationen
- Alphabetischer
- Liste der verwendeten Abkürzungen

Dieses Buch ist ein Gemeinschaftsprojekt. Hauptautoren sind Galina Koschewnikowa und Anton Schechowzow. Großen Anteil am Erscheinen des Buches hatte zudem Wladimir Pribylowskii. Einen Teil der Rechercharbeiten übernahmen Natalja Judina, Jekaterina Larina und Maria Rozalskaja. Gesamtedaktion : A. Werchowskii und G. Koschewnikowa.

Das Buch wurde mit Unterstützung von National Endowment for Democracy (USA) zusammengestellt und herausgegeben.

Das Buch ist im Zentrum Demokratische Kultur, Berlin ([www.zentrum-demokratische-kultur.de](http://www.zentrum-demokratische-kultur.de)) vorhanden. Quelle: <http://xeno.sova-center.ru> 02.03.2009

### Projekt

#### Die OSZE ruft zur Teilnahme am Bildungsprojekt für Toleranz gegenüber Muslimen auf

Die Abteilung für Toleranz und Nichtdiskriminierung des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte hat ein neues Projekt ins Leben gerufen. Geplant ist die Herausgabe eines Sammelbandes, der die effektivsten Methoden zur Erziehung zu Toleranz gegenüber Muslimen beinhalten soll. Das ODIHR ruft alle Regierungen und interessierte Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen auf, ihre Beiträge für diesen Sammelband zur Verfügung zu stellen. Spätester Abgabetermin der Unterlagen ist der 15. Mai 2009.

Sämtliche notwendigen Materialien, die das Projekt betreffen, sind auf der Homepage der Abteilung für Toleranz und Nichtdiskriminierung sowohl in englischer als auch russischer Sprache einsehbar.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru>

<http://tandis.odhr.pl/index.php?p=edu,mus,map&l=ru>

ANZEIGE

Lesen Sie das EXIT-Deutschland Journal! Bestellen Sie per: [info@exit-deutschland.de](mailto:info@exit-deutschland.de)



**Bernd Wagner**

Liebe Freundinnen und Freunde von EXIT-Deutschland,  
Im nächsten Jahr werden wir auf das 10jährige Bestehen von EXIT-Deutschland zurückblicken können. Das wir heute darüber nachdenken können, ist nicht selbstverständlich. Wir können auf eine gute Bilanz zurückblicken. So haben wir es erreicht, dass sich im August 2008 ein **AKTIONSKREIS** bildete. Hier beginnen ehemalige Extremisten, die menschenfeindlichen und antidemokratischen Lehren anhängen, diesen Abschnitt in ihren Biografien gemeinsam zu besprechen und vor allem Lehren vor andere Menschen herauszuarbeiten. 2008 haben 6 ehemalige Nazis, die aktiv in die Öffentlichkeit gehen, in 104 Veranstaltungen in allen Bundesländern außer in Hamburg gesprochen.



**Matthias Adrian in der FGS Milda (Thüringen)**

Dabei kamen sie mit vielen jungen Menschen direkt in Kontakt, auch vielen rechtsextrem-orientierten. Oft gab es Besuch, teils aggressiv und böse, aus der Naziszene. Auch mit denen wurde trotz ihrer Wortergreifungsstrategie, geredet und ihre Irrlehren öffentlich zurückgewiesen. Auf diese Weise wurden rund 6000 Menschen angesprochen. Das erscheint zunächst als wenig. Wir sehen das anders. Immer waren es nachhaltig wirkende Veranstaltungen, wie wir aus der Presse, von den Veranstaltern und auch von Teilnehmern danach erfuhren. Das spricht sich rum und die Anzahl der Anfragen steigt an. Die Nazis haben sich gerade wegen der öffentlichen Bekenntnisse der ehemaligen „Kameraden“ auf EXIT-Deutschland eingeschossen. In ihren Medien haben sie einen regelrechten Feldzug organisiert. Das stellen wir auch an der Anzahl der üblen Ansprachen und der Intensität der Kampagne fest, die nicht nur mit dem Wort erfolgt. Aber das ist ein geeignetes Thema.

Manches haben wir uns anders vorgestellt, besonders den überlegten Ernst von Zuständigen, dem anwachsenden Rechtsextremismus, besonders in seiner kulturellen und kriminellen Dimension offensiv und planvoll entgegen zu treten.

## Impressum

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

Übersetzung: Liv Drinnenberg, Astrid Hager, Felix Herrmann, Anne Kauer, Susanne Klinzing, Holger Löbell, Patricia Montag, Anja Schmidt

### ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: [info@zentrum-demokratische-kultur.de](mailto:info@zentrum-demokratische-kultur.de)

Internet: [www.zentrum-demokratische-kultur.de](http://www.zentrum-demokratische-kultur.de)

### gemeinsam mit

#### Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: [info@austausch.org](mailto:info@austausch.org)

Internet: [www.austausch.org](http://www.austausch.org)